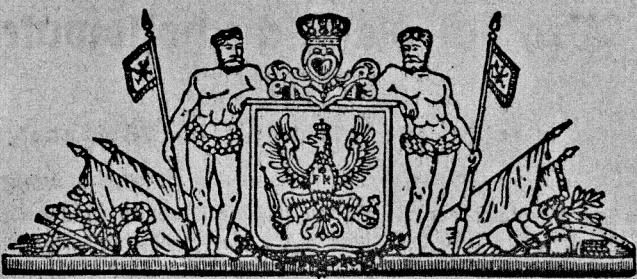


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: „Dritte Beilage“, „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur L. V. Julius Eibau. Verantwortl. d. Gesamthalt. aus. Handelsteil: V. V. Karl-Wolfgang Philipp, Berlin. Für Rücksl. unverl. Manusk. ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3665. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Wahlkampf für die Demokratie

Bulgarien hält durch

Kanzlerrede in Köln

Köln, 8. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Reichskanzler Brüning hat gestern abend die Sitzung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei dazu benutzt, um eine große programmatische Rede zu halten.

Nachdem er einleitend seine gezwungene Abwesenheit bei den Befreiungsfeiern in Rheinland bedauert und ein ehrendes Wort für Stresemann gefunden, knüpfte er an die deutsche Antwort auf das Briand'sche Memorandum an, um die Ueberzeugung der Reichsregierung zu betonen, daß „angesichts der ungeheueren Wirtschaftskatastrophe, die über die Welt hereingebrochen ist, die wirtschaftliche Ordnung von allergrößter Bedeutung für die unmittelbare Zukunft Europas ist“.

„Diese Ordnung auch der wirtschaftlichen Dinge läßt sich nicht allein erreichen und erzielen, durch wirtschaftliche Vereinbarungen, sondern, wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen will, dann ist eine politische Stabilisierung unbedingt und gleichzeitig notwendig. Wir sind der Ansicht, daß für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise nicht nur wirtschaftliche Umstände die Ursache sind, sondern, daß an dieser Entwicklung auch die heutige politische Gestaltung nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt in gleichem Maße die Schuld tragen.“

„Diese Krise bringt nicht nur schwere wirtschaftliche, schwere soziale Ummwälzungen, sondern auch die stärksten politischen Gefahren mit sich. Denken Sie an die Schwierigkeiten, die anderswo bestehen, und dann kommen Sie zu der Tatsache, daß die deutsche Wirtschaftskrise nur ein Ausschnitt ist aus dem großen wirtschaftlichen Rahmen, der sich über die ganze Welt erstreckt. Das Schwierige, in dem wir stehen, ist, daß wir alles, was wir an Reformen auf dem Gebiete der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften, auf dem Gebiete der Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung in den vergangenen Jahren aufgeschoben haben, im Augenblick des größten Tiefstandes der Weltwirtschaft mit einem Male nachholen müssen.“

Deutschlands nächste Aufgabe sei sparen. Das dem Volk zu sagen, mache nicht populär, aber er hoffe, daß die Wähler bis zum Tag der Reichstagswahl sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen haben werden, daß nur strengste Sparsamkeit, verbunden mit materieller Opferwilligkeit, Deutschland aus seiner jetzigen Lage erretten könne.

Nach der Durchführung des Notprogramms sei es eine der ersten Aufgaben, durch Konsolidierung der schwelenden Schulden der Länder und Gemeinden, die aus früherer Zeit noch unerhältnismäßig hoch verzinst werden müssen, den Zinsfuß wieder auf ein für Wirtschaft und Produktion erträgliches Niveau herabzubringen.

Wir brauchen Garantien, daß die ungedeckte Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in Zukunft aufhört. Wir brauchen auf Jahre gültiges aber auch realisierbares Bauprogramm, um die unsinnige Steigerung der Baukosten zu beheben. Ewig lasse sich ohne schwere allgemeine Schäden die Wohnungswirtschaft nicht durchführen.

Das wichtigste an dem Sparprogramm aber sei die Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern. Man dürfe nicht länger davor zurückschrecken an das Problem „Reich und Länder“ heranzugehen, zum mindesten in dem Sinn, daß Doppelarbeit und Verleuf der Verwaltung beseitigt werde.

Der Reichskanzler erhob sodann die Forderung nach einer Parlamentsreform. Nur durch die Ohnmacht des Parlaments sei die Agitation unverantwortlicher und nihilistischer Kreise in den vergangenen Monaten so stark geworden.

Er begrüße die beginnende Konsolidierung innerhalb von Gruppen, die bereit seien, innerhalb einer Partei den Ausgleich der verschiedenen materiellen Interessen im Volk herbeizuführen. Zum Wesen einer politischen Partei gehöre es, einen Teil der Spannungen, die nun einmal zwischen den verschiedensten Interessen bestehen, in sich selbst schon vorher anzugleichen, bevor die Beratungen im Parlament beginnen. In der Zentrumspartei sei dies immer so gewesen.

Das Parlament habe es selbst in der Hand, eine Situation zu verhindern, in der die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung notwendig werde. Aber so lange das nicht der Fall sei, sei es seine feste Ueberzeugung, daß das Volk lieber die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten in einem Augenblick der Not sähe als den monatelangen nutzlosen Verhandlungen der Parteien im Parlament ausgeliefert zu sein.

„Wenn wir den Kampf aufgenommen haben, und wenn der Reichstag aufgelöst ist, wenn der Artikel 48 angewendet wurde, dann sage ich hier ganz klar und deutlich: das ist kein Kampf gegen das Parlament, sondern das ist ein Kampf um die Rettung des Parlaments. Denn das ist sicher: Auf die Dauer läßt sich kein Volk in seiner Mehrheit ein parlamentarisches Pattieren gefallen, das Lebensentscheidungen abhängig macht von dem Spiel der Unterhändler, auf welche Partei, auf welche Person man jeweils in einem entscheidenden Augenblick der Unpopularität nicht vermeidbarer Beschlüsse abwälzen kann.“

„Eine Regierung, die verantwortlich ist auch für diese Dinge, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon seit zuzwingen und diese Mängel des Parlamentarismus aufzuzeigen und das Volk zur Entscheidung aufzurufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam selbst vorbereiten für Experimente, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon seit dem vergangenen Jahre in manchen Köpfen spuken.“

Der Kanzler schloß mit der Versicherung, das Zentrum werde diesen Wahlkampf führen für die Demokratie, für die Gesundung der Sozialpolitik, nicht gegen die Demokratie und nicht gegen die Sozialpolitik.

Röschling an Scholz

Obwohl nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Höpfer-Aischhoff und Dr. Scholz über einen Zusammenschluß der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei jeder weitere Versuch in dieser Richtung aussichtslos geworden war, hatten die beiden saarländischen Staatspartei, Kommerzienrat Röschling und Landesratsabgeordneter Schmelzer mit Dr. Scholz am Freitag eine Besprechung, in der noch einmal die Frage des Zusammenschlusses erörtert wurde. Die Besprechung verlief völlig negativ. Röschling und Schmelzer haben unmittelbar nach der Unterredung einen Brief an Dr. Scholz gerichtet, in dem es heißt:

„Auf Grund der soeben gehaltenen Besprechung scheint es uns richtig, festzustellen, daß wir einig mit Ihnen sind in der Idee, das deutsche Bürgertum in einer Partei zu sammeln. Ueber den jetzt zu gehenden Weg sind wir aber auch nach der Unterredung nicht Ihrer Meinung. Wir möchten darauf hinweisen, daß die Erfahrungen, die wir im Saargebiet mit der Einigung der Volkspartei und der Demokraten im großen und ganzen gemacht haben, auch für die Entwicklung im Reich gelten dürften. Auf jeden Fall werden wir unsere Aufgabe im Saargebiet darin sehen, die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Richtung nicht zu erschweren, sondern, was an uns liegt, sie zu erleichtern.“

Was den beginnenden Wahlkampf anlangt, so wünschen wir der Deutschen Volkspartei, nachdem Sie glaubten, sich heute noch nicht entschließen zu können, alles Gute. Wir Saarländer würden das günstigste Ergebnis dieser Wahlen darin erblicken, wenn die jetzt getrennten Parteien sich zu der Wahltschlacht doch noch zusammenfinden könnten. Zur Erreichung dieses Zieles sind wir nach wie vor bereit, unsere Dienste zur Verfügung zu stellen.“

General Reinhardt †

General a. D. Walther Reinhardt, der letzte preußische Kriegsminister und der erste Chef der Heeresleitung und der Reichswehr, ist in Berlin im 59. Lebensjahre gestorben. General Reinhardt war zuletzt Befehlshaber des Wehrkreises 5 und Oberbefehlshaber der Reichswehrgruppe 2.

Bombenleger Bold haftentlassen

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, ist der Hauptbeschuldigte in dem großen Bombenleger-Prozess, der am 26. August in Altona beginnen soll, Herbert Bold, gestern aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung, die unmittelbar vor dem Prozeß von der Verteidigung Bolds durchgesetzt wurde, wird mit Haftunfähigkeit begründet.

Es kann schon jetzt keinem Zweifel unterliegen, daß in der Bombenaffäre die Verdunkelungsmöglichkeiten außerordentlich groß gewesen sind. Die Haftentlassung des Hauptangeklagten kurz vor dem Prozeß ist geeignet, die Verdunkelung weiterzuführen.

Allgemeine Armut Einfuhr-Drosselung / Kreditkrise

Von

Dr. Franz Klein,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“

Sofia, im Juli

Ist Bulgarien in einer Wirtschaftskrise? Wenn ja, welcher Art ist sie? Ist sie allgemein oder eine Teilkrise?

Drei Zahlen mögen die Antwort erleichtern. Erstens: Mit einem Zinsfuß von 10 v. S. hält seit einem Jahr die bulgarische Notenbank den europäischen Rekord. Zweitens: Die letztveröffentlichte Bilanz der staatlichen Landwirtschaftsbank, von deren Geschichte und Wirksamkeit ich bereits berichtet habe, zeigt, daß auf Hypothekar-, also langfristige Kredite nur 6 v. S. ihrer Ausleihungen entfallen. Drittens: Im Mai 1929 betrug die Einfuhr 981 Millionen Lewa, im letzten Mai 404 Millionen, also weit weniger als die Hälfte.

Und nun die Antwort: Wenn allgemeine Armut allgemeine Wirtschaftskrise bedeutet, dann ist Bulgarien einer solchen verfallen. Aber ein Dauerzustand gilt nicht als Krise. Krisenhaft ist selbstverständlich, wie in allen Getreideausfuhrländern und nicht nur in diesen, die Lage des Ackerbaues. Aber die süd-slawische Wahrnehmung bestätigt sich auch hier: Solange keine Mißernte hereinbricht, ist bei extensiver Getreidewirtschaft und bei unbegrenzter Bedürfnislosigkeit des Bauern die Getreidekrise nicht eine des Landwirts, sondern des Händlers, vor allem des Einfuhrhändlers, später auch der heimischen Industrie. Und hier gilt das noch, mehr als in Südslawien, denn wenn dieses auch dank viel entwickelterer Viehzucht mehr als Bulgarien über die Erleichterungen verfügt, die die gemischte Bauernwirtschaft bietet, hat Bulgarien die starke Stütze des Tabakbaues. Ausschlaggebend ist zwar gewiß das Los der breitesten Schichten mit dem Getreidebau verknüpft, aber ein Blick auf die Handelsbilanz zeigt die hohe Bedeutung der anderen Erzeugnisse. Bei einer Gesamtausfuhr von 6396 Millionen Lewa entfielen im Jahre 1929 auf Tabak 2896, auf Getreide dagegen nur 553 Millionen, und ihm folgte das Rosenöl mit nicht weniger als 266 Millionen. Der bulgarische Tabak erobert sich stets neue Märkte, so jüngst auch den französischen, wo er mit dem schlecht glimmenden algerischen Erzeugnis gemischt wird. (Nebenbei bemerkt: da das Mischen das Um und Auf der Herstellung von Rauchzeug ist, hat Bulgarien so gut wie keine Ausfuhr von Tabakfabrikaten.) Unter dem Einfluß des Getreidepreises greift der Tabakbau mehr um sich, als für die Beschaffenheit nützlich ist.

Halten wir also fest, was der gewaltige Rückgang der Einfuhr belegt: daß Bulgarien inmitten einer Verbrauchskrise steht, die vor allem eine der Einfuhrhändler ist, welche in ihren Warenlagern erstickt. Daß sie auch eine Reinigungskrise ist, ist ein schwacher Trost. Daneben gibt es eine Verteilungskrise, übrigens auch richtiger als Dauerzustand zu bezeichnen. Der Bulgare hat erst nach dem Kriege oder infolge seiner Kriegserlebnisse den Sinn der Eisenbahn richtig erfaßt. So stieg die jährliche Anzahl der Fahrgäste je Kilometer von 123 000 auf 254 000. 700 Kilometer neue Bahnlinien sind im Bau. An der Einsicht, daß mit Kraftwagen rascher abzuwehnen wäre, fehlt es nicht. Aber man erwäge, daß sich in den 52 Jahren seit der Befreiung die Länge der Straßen von 3700 auf 15 000 Km. vermehrt hat, und daß über diese schlecht und schnell gebauten Verbindungen drei Kriege hinweggegangen sind. Man kann mit geringer Uebertreibung sagen, daß es vom November bis in den März hinein in Bulgarien keinen Straßenverkehr gibt und in der übrigen Jahreszeit nur dank der Uebung der Lenker im Umfahren von Trichtern. Die Verwaltung der seit 1929 kommerzialisierten Staatsbahnen erweckt den besten Eindruck. Aber vor allem durchkreuzt der Lokomotivmangel die größten Anstrengungen.

Die erschreckendste jener drei eingangs genannten Zahlen ist nicht der Rekordzinsfuß der Nationalbank. Manches Nachbarland bliebe dahinter nicht zurück, wenn keine Notenbank einen echten Zinsfuß und Einfluß auf den Geldmarkt besäße wie die bulgarische, die der durch Kriegstributpflicht und Anleihen geschaffenen Abhängigkeit vom Ausland ein höchst modernes Bankstatut verdankt. Nein, die erschreckendste jener Zahlen ist der lächerlich geringe Anteil langfristiger Kredite an den Gesamtausleihungen der Landwirtschaftsbank. Wieder ist der Vergleich mit Südslawien höchst aufschlußreich: Dort eine junge Landwirtschaftsbank mit vergleichsweise reichen Mitteln, aber ohne kreditgenossenschaftlichen Unterbau. Hier in Bulgarien ein reichverzweigter Unterbau, eine alte Bank, aber kein Geld für den dringlichen bäuerlichen Bedarf.